Keine Einschränkung des Versammlungsrechts in Gießen!

Erklärung des ver.di Fachbereichsvorstands öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr Hamburg zum gewalttätigen Einsatz der Polizei gegen protestierende Kolleg*innen und Freund*innen

Die AfD versucht an diesem Wochenende (29.11./30.11.2025) in den Gießener Hessenhallen einen neuen rechtsextremen AFD-Jugendverband zu Gründen. Ein breites bundesweites Bündnis hat zu Protesten dagegen aufgerufen. Unsere ver.di Kolleg*innen aus Hamburg sind ebenfalls mit den Norddeutschen Bussen angereist.

Seit den frühen Morgenstunden werden die Kolleg*innen und Freund*innen in Gießen an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts gehindert. Ohne erkenntlichen Grund wurden die Protestierenden auf dem Weg zu einer angemeldeten Mahnwache von der Polizei mit Gewalt aufgehalten und ein Weitergehen untersagt. Ein Kollege vor Ort berichtet: *„Der Einsatz der Polizei war unvermittelt und so massiv, dass Rettungssanitäter jetzt einige Protestierende versorgen müssen. Die Menschen stehen hier für eine offene und demokratische Gesellschaft ein und es kann nicht sein, dass die Polizei dem Protest mit so einer Gewalt begegnet.“*

Wir fordern die Verantwortlichen und die Polizei auf, die Gewalt zu stoppen und Einschränkung des Versammlungsrechts zu unterlassen.

Der Normalisierung rechtsextremer Ideologie, Hass und Hetze treten die vielen tausenden Demonstrierenden heute gemeinsam entgegen. Sie setzten ein Zeichen für Vielfalt und eine solidarische Gesellschaft für alle. Dieser friedliche Protest muss uneingeschränkt möglich sein.

ver.di Fachbereich B in Hamburg

V.I.S.D.P.: ANDRÉ KRETSCHMAR VER.DI HAMBURG, FB B, BESENBINDERHOF 60, 20097 HAMBURG

ver.di B HAMBURG